

# Schwangere bringen Krabbelstuben in Not

Eine Schutzbestimmung für Mitarbeiterinnen, die ein Kind erwarten, bereitet den Trägern privater Kleinkindgruppen finanzielle Sorgen.

BARBARA HAIMERL

**SALZBURG.** Für Aufregung sorgt bei den Betreibern privater Krabbelstuben in ganz Österreich ein Erlass des Zentral-Arbeitsinspektorats zum Schutz schwangerer Mitarbeiterinnen in Kinderbetreuungseinrichtungen. Um vorzubeugen, dass schwangere Pädagoginnen oder Helferinnen an der Infektionskrankheit Zytomegalie erkranken, gilt seit 2019 ein absolutes Beschäftigungsverbot bei der Betreuung von Kindern



„Dieser Erlass gefährdet die Existenz der Einrichtungen.“

Cornelia Ernst, IG Kinderbetreuung

unter drei Jahren. Vor allem Kinder in dieser Altersgruppe würden große Mengen an Viren ausscheiden, ohne Symptome zu zeigen, heißt es in der Erklärung des Inspektorats.

„Dieser Erlass bringt die Privaten in arge finanzielle Bedrängnis, weil sie die damit verbundenen Personalkosten selbst tragen müssen“, sagt Cornelia Ernst von der Interessengemeinschaft Kinderbetreuung, in der mehr als 70 Salzburger Einrichtungen zusammengeschlossen sind. Zunehmend würden sich verzweifelte Träger melden, schildert

Ernst. „Sie haben die Sorge, dass sie bald zusperrten müssen, weil sie die Kosten nicht mehr stemmen können.“ Schließlich müsse man zusätzlich zum Gehalt der schwangeren Kollegin eine neue Kraft bezahlen. Dazu komme die Schwierigkeit, überhaupt Personal zu finden. „Natürlich hat der Schutz der Schwangeren Priorität, wir kritisieren lediglich die finanziellen Auswirkungen.“

Sowie eine Mitarbeiterin ihre Schwangerschaft bekannt gibt, müssen die Träger einen Ersatzarbeitsplatz aus dem Hut zaubern oder die Arbeitnehmerin unter Entgeltfortzahlung freistellen. In Krabbelgruppen gebe es keine andere Arbeitsmöglichkeit als die Betreuung der unter Dreijährigen, gibt Ernst zu bedenken. Das Absurde sei zudem, dass dieser Erlass nur für private Träger gelte, weil das Arbeitsinspektorat nicht für öffentliche Einrichtungen zuständig sei. Schwangere Pädagoginnen in Gemeindekrabbelstuben dürften weiterhin mit Kleinkindern arbeiten. Das von der Gesundheitskasse ausbezahlte Wochengeld bei vorzeitigem Mutterschutz komme nicht zum Tragen, weil die schwangere Mitarbeiterin ja gesund sei.

Ernst betreibt die zwei Krabbelgruppen Gemeinsam wachsen in Salzburg-Aigen und Elsbethen, im Herbst eröffnet sie in Thalgau. Zwei Mitarbeiterinnen sind zuletzt schwanger geworden,

eine davon ist Simone Gradwohl. „Auch für uns Pädagoginnen ist der Erlass unbefriedigend“, meint sie. Sie habe sehr gern in der Krabbelgruppe in Elsbethen gearbeitet und fühle sich mit dem Betrieb verbunden. „Es lastet auf einem das Gefühl, dass man für die Einrichtung eine finanzielle Belastung ist, auch wenn man weiß, dass man im Recht ist.“ Dazu komme der abrupte Abbruch der Beziehung zu den Kindern. „Man kann sich nicht einmal mehr von ihnen verabschieden.“

Den Kindern breche von einem Tag auf den anderen eine Bezugsperson weg, sagt auch Eva Goetz, Geschäftsführerin der KOKO GmbH, die zehn Einrichtungen in der Stadt Salzburg betreibt. Für die Träger sei dieser Erlass existenzbedrohend. Rund um Weihnachten seien fünf Mitarbeiterinnen schwanger geworden, drei davon in einer Einrichtung. Die Freistellung schlage mit 125.000 Euro zu Buche. Eine vergleichbare Bestimmung gebe es in anderen EU-Staaten nicht. „Man kann nicht den ganzen elementarpä-



„Die Freistellung von fünf Frauen kostet uns 125.000 Euro.“

Eva Goetz, KOKO GmbH

dagogischen Bereich mit einem solchen Erlass lahmlegen.“ KOKO beschäftigt 90 Mitarbeiterinnen. Im Schnitt werden laut Goetz pro Jahr acht Frauen schwanger. Nur in einer der zehn Einrichtungen werden ausschließlich Kinder über drei Jahren betreut. Früher hätten schwangere Pädagoginnen weiterarbeiten dürfen, wenn durch einen Titertest Antikörper nachgewiesen worden seien.



Die schwangere Pädagogin Simone Gradwohl und Cornelia Ernst vor der Krabbelstube in Elsbethen.

Hintergrund des Erlasses aus Wien sei, dass sich gezeigt habe, dass es trotz überstandener Krankheit zu einer Reinfektion kommen könne, sagt die Salzburger Arbeitsinspektionsärztin Elisabeth Stelzer. Zytomegalie sei eine Herpeserkrankung, die durch Schmier- oder Tröpfcheninfektion übertragen werde. Die

Krankheit sei für Erwachsene harmlos, könne aber zur Gefahr für das Kind werden. Es brauche eine bundesweite gesetzliche Lösung, die sicherstelle, dass die Mitarbeiterinnen vorzeitigen Mutterschutz antreten könnten, meint Landesrätin Andrea Klambauer (Neos). „Das Risiko, an Zytomegalie zu erkranken, ist für Schwangere in öffentlichen und privaten Einrichtungen gleich hoch.“ Die Neos im Parlament hätten bereits einen Antrag vorbereitet. Ulrike Kendlbacher, die Leiterin des Referats beim Land, sei bereits im Familienministerium vorstellig geworden. Auch bei der Konferenz der Landesbildungsreferenten im Herbst in Salzburg will Klambauer das Thema aufs Tapet bringen.

## Lkw-Transitverbot im Lungau fix Aber es gibt viele Ausnahmen

THOMAS AUINGER

**TAMSWEG, RAMINGSTEIN.** Im Flachgau sind die neuen Lkw-Transitfahrverbote seit 1. Juni in Kraft. Bald wird es auch im Lungau so weit sein. Die Bezirkshauptmannschaft Tamsweg hat am Montag die Verordnung offiziell erlassen: Auf der Turracher Straße (B95), Katschbergstraße (B99) und Murtalstraße (B96) wird die Durchfahrt für Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 7,5 Tonnen verboten. Vom Verbot ausgenommen sind der Ziel- und Quellverkehr im Lungau sowie in den steirischen Bezirken Murau und Murtal.

Das Landesverkehrsressort will Anrainer in Lungauer Gemeinden vom Schwerverkehr entlasten. Lkw-„Mautflüchtlinge“, die sich die Gebühr auf der Autobahn ersparen wollen, sollen von Bundesstraßen ferngehalten werden.

Besonders betroffen ist Ramingstein. Bgm. Günther Pagitsch (SPÖ) bezeichnet auf SN-Anfrage das Fahrverbot als „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“. Aber der Weg

sei noch lang. Dass der Lkw-Verkehr nun sehr stark abnehmen wird, glaubt man im Lungau nicht. Denn das ganze Murtal bis unterhalb von Knittelfeld mit seinen sehr vielen Großbetrieben sei durch den Ziel- und Quellverkehr ausgenommen, gibt der Lungauer Ortschef zu bedenken. Ob die von Experten erwartete



„Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.“

G. Pagitsch, Bgm. Ramingstein

Entlastung um zirka 20 bis 25 Prozent tatsächlich eintreten kann, wird sich erst weisen. „Ein großer Teil wird weiterhin bei uns durchdonnern“, meint der Bürgermeister. Ein weiterer wichtiger Schritt müsse sein, dass das Verbot massiv kontrolliert werde.

Im Gemeindeamt geht man davon aus, dass die Verkehrsschilder schon in den nächsten Tagen aufgestellt werden. Dafür zuständig ist die Landesstraßenverwaltung. Auch auf der Tauernautobahn und zum Beispiel im Ortsgebiet von Radstadt werden Ta-

felnen die Lenker auf das Fahrverbot hinweisen.

Ramingstein hat selbst Hausaufgaben zu erledigen: Die Gemeinde will ein Konzept für Maßnahmen zur Verlangsamung und Beruhigung des Verkehrs erstellen. Das Vorhaben sei aber durch Corona ins Stocken geraten – und eine finanzielle Frage. Eine spezielle Herausforderung ist, dass der Murradweg die Bundesstraße quert. „Das geht nicht anders“, erklärt Pagitsch.

Den Lungau trifft die allgemeine Zunahme des Transitverkehrs stark – auch wenn Covid heuer im ersten Halbjahr zu Rückgängen führte. Der Verkehrsclub Österreich (VCO) wies am Montag darauf hin, dass allein auf der Tauernautobahn im Vorjahr deutlich mehr Lkw unterwegs waren als über alle vier großen Schweizer Alpenübergänge zusammen. Während es auf der A10 bei Zederhaus rund 1,3 Millionen Schwerfahrzeuge waren, wurden in der Schweiz nur mehr 900.000 gezählt. Der VCO fordert daher eine Lkw-Mindestmaut in der EU, die Abschaffung der Steuerbegünstigung von Diesel und Transportverbote für bestimmte Güter auf der Straße.

## FPÖ will wieder über direkte Demokratie reden

**SALZBURG-STADT.** Ein Salzburger Modell zur direkten Demokratie – und damit mehr Mitsprache der Bürger – wurde 2015 von SPÖ und ÖVP im Gemeinderat versenkt. Seither wurde kaum noch darüber diskutiert. Die Stadt-FPÖ fordert den Bürgermeister nun auf, Gespräche dazu wieder aufzunehmen. „Es ist notwendig, die Beteiligung der Bürger auszuweiten und echte Volksinitiativen zu ermöglichen. Die Bevölkerung ist der Chef in einer Demokratie“, sagt Klubchef Andreas Reindl.

## Opposition schießt sich auf Wohnbaulandesrätin ein

**SALZBURG.** SPÖ und FPÖ kritisieren nun zum wiederholten Male die Wohnbauförderung des Landes. Diese verfehle seit Jahren klar den Bedarf. „Die Schere zwischen Wünschen und Realitäten im Bereich Eigenheim ist nie so weit auseinandergeklafft. Wir stehen direkt vor der Situation, dass von vielen Familien etwa die Landesförderung auf Eigentum nicht mehr in Anspruch genommen werden kann, da die baulichen Voraussetzungen nicht dafürsprechen. Und auch nicht mehr zeitgemäß sind“, sagt FPÖ-Landespartei-

obfrau Marlene Svazek. Von der SPÖ heißt es, die Amtsführung von Wohnbaulandesrätin Andrea Klambauer (Neos) werde zunehmend zum Problem. „Landeshauptmann Haslauer ist als Regierungschef gefordert einzugreifen. Auch die ÖVP wird sich endlich für bezahlbaren Wohnraum für die Einheimischen starkmachen müssen“, sagt SPÖ-Wohnbausprecher Roland Meisl. Klambauer würde die Lage schönreden. Die SPÖ fordert seit geraumer Zeit eine Anhebung der Fördersätze im Mietwohnungsbau, um auf steigende Baukosten zu reagieren.